



Bezirksfraktion
Hamburg-Nord



Gemeinsame Presseerklärung

SPD-Fraktion Hamburg-Nord | Herderstraße 81 | 22085 Hamburg | info@spd-fraktion-nord.de
CDU-Fraktion Hamburg-Nord | Lokstedter Weg 24 | 20251 Hamburg | fraktion@cdu-nord.de
FDP-Fraktion Hamburg-Nord | Curschmannstraße 13 | 20251 Hamburg | info@fdp-fraktion-nord.de

12.02.2026

Bezirkskoalition will illegale Bootslagerung beenden und Alsterufer schützen

Die Bezirkskoalition aus SPD, CDU und FDP in Hamburg-Nord will die illegale Lagerung von Kanus, Kajaks und SUP-Boards an der Alster und ihren Kanälen beenden. Ziel ist es, die sensiblen Uferbereiche besser zu schützen und als Natur- und Erholungsraum langfristig zu erhalten.

Die Alsterufer zählen zu den ökologisch wertvollsten und zugleich beliebtesten Freiräumen im Bezirk. Nach Schätzungen von Naturschutzverbänden wie BUND und NABU lagern dort inzwischen mehr als 800 Wasserfahrzeuge illegal. Diese Entwicklung stellt eine zunehmende Belastung für Natur und Umwelt dar und kann nach Auffassung der Bezirkskoalition nicht länger hingenommen werden.

Das unkontrollierte Abstellen der Boote führt zu erheblichen Schäden: Ufervegetation wird zerstört, Böden verdichtet und Brutgebiete von Wasservögeln wie Haubentauchern und Schwänen werden verdrängt. Hinzu kommt eine schleichende Umweltbelastung, da viele Boote aus Kunststoffen bestehen, die durch Witterungseinflüsse Mikroplastik, Weichmacher und Harze an Boden und Wasser abgeben.

Bislang fehlt jedoch eine klare rechtliche Grundlage, um wirksam gegen diese Form der Sondernutzung vorzugehen. Während für Schrottfahrräder im öffentlichen Raum etablierte Verfahren existieren, gibt es für illegal gelagerte Wasserfahrzeuge bislang keine eindeutigen Regelungen.

Vor diesem Hintergrund hat die Bezirksversammlung einen gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und FDP beschlossen. Darin wird das Bezirksamt aufgefordert, sich bei der zuständigen Fachbehörde mit Nachdruck für eine rechtssichere Regelung zur Lagerung von Kanus an der Alster und an weiteren Hamburger Gewässern einzusetzen. Zugleich soll das Bezirksamt bereits jetzt alle bestehenden rechtlichen Möglichkeiten prüfen, um sowohl unbrauchbare Bootswracks als auch illegal abgestellte, noch nutzbare Boote aus den Uferzonen zu entfernen.

Ebenso geprüft werden soll, ob sichergestellte, benutzungstaugliche Boote nach Ablauf der gesetzlichen Fristen möglichst an Jugend- und Sporteinrichtungen oder Schulen weitergegeben werden oder alternativ versteigert werden können, um die Erlöse gemeinnützigen Zwecken im Bereich Naturschutz oder Jugendarbeit zugutekommen zu lassen.

Die Bezirkskoalition macht damit deutlich: Die Alsterufer sind kein privater Abstellplatz, sondern ein gemeinsames Naturgut. Mit klaren Regeln, konsequentem Handeln und nachhaltigen Lösungen soll die Alster als Lebensraum und Erholungsort dauerhaft geschützt werden.

Tina Winter (SPD), Fraktionsvorsitzende:

„Die unrechtmäßig abgelegten Kanus am Alsterufer beschäftigen uns schon seit vielen Jahren. Nach zahlreichen Diskussionen dazu ist es uns jetzt wichtig, dass möglichst zügig die schon oft angekündigten rechtlichen Grundlagen auf den Weg gebracht werden, um diesen Missstand zu beheben. Die Uferbereiche sind Lebensraum für viele Tiere, den es zu schützen gilt. So sehr, wie wir die Alster als Freizeit- und Sportfläche für alle schätzen, ist es ebenso wichtig, an den Ufern Regeln durchzusetzen und den Alsternaturraum inmitten unserer Stadt pfleglich und schonend zu behandeln.“

Gunther Herwig (CDU), Mitglied im Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg:

„Die Alsterufer sind ein einmaliges Natur- und Erholungsgebiet für alle Bürgerinnen und Bürger unseres Bezirks, kein privater Parkplatz für Kanus, SUPs und Kajaks. Wir brauchen klare Regeln und konsequentes Handeln, um unsere wertvollen Uferbereiche zu schützen und als Lebensraum für Mensch und Tier zu sichern. Damit setzen wir uns aktiv für den Erhalt unserer Natur ein.“

Lars Jessen (FDP), Sprecher für Klimaschutz und Umwelt:

„Die Alsterufer sind kein rechtsfreier Raum. Doch Regeln helfen nur, wenn sie auch durchgesetzt werden. Wo die frühere Bezirksamtsleitung Probleme beschrieben hat, ohne Lösungen zu liefern, sorgen wir jetzt für klare Maßnahmen und konsequentes Handeln - damit dieses für alle sichtbare Problem endlich angegangen und beendet wird.“

Für Rückfragen:

Tina Winter (SPD), tina.winter@spd-fraktion-nord.de

Gunther Herwig (CDU), gherwig@cdu-nord.de

Lars Jessen (FDP), jessen@fdp-fraktion-nord.de

Anlagen:

Der in der Bezirksversammlung am 12. Februar beschlossene Antrag: [Link](#)